



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Fabio De Masi
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT [REDACTED]

POSTANSCHRIFT [REDACTED]

TEL [REDACTED]

FAX [REDACTED]

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 12. Juli 2021

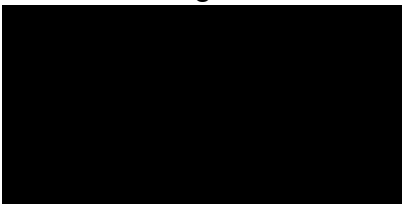
BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juli 2021**
HIER **Arbeitsnummer 7/54**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Schriftliche Frage des Abgeordneten Fabio De Masi
vom 7. Juli 2021
(Monat Juli 2021, Arbeits-Nr. 7/54)

Frage

Haben Behörden von Weißrussland gegenüber deutschen Sicherheitsbehörden (z.B. im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens) nach Kenntnis der Bundesregierung bestätigt, ob der flüchtige ehemalige Wirecard-Manager Jan Marsalek mit einem Diplomatentpass eines anderen Staates in Weißrussland eingereist ist (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-spektakulaere-flucht-deswirecard-managers-er-hatte-mehrere-paesse-wie-jeder-gute-geheimagent/26019390.html>)?

Antwort

Die Frage steht im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München I. Die Bundesregierung äußert sich nicht zu den Einzelheiten laufender Ermittlungsverfahren, um den Fortgang der Ermittlungen nicht zu gefährden. Im Übrigen äußert sich die Bundesregierung nicht zu etwaigen justiziellen Rechtshilfeersuchen. Trotz der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht der Bundesregierung, Informationsansprüche des Deutschen Bundestages zu erfüllen, tritt hier nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Belange das Informationsinteresse des Parlaments hinter die aus dem Rechtsstaatsprinzip resultierende Pflicht zur Durchführung von Strafverfahren und die damit verbundenen berechtigten Geheimhaltungsinteressen in einem laufenden Ermittlungsverfahren zurück.